

14.03.2023

Pressemeldung zu: Land lehnt EU-Pläne zu Pflanzenschutz ab**Vorbild Baden-Württemberg?**

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat 2020 als Alternative zum Volksbegehren "Rettet die Bienen" ein Biodiversitätsstärkungsgesetz beschlossen und darin festgelegt, dass die Menge an Pestiziden bis 2030 um 40 bis 50 % verringert und der biologische Landbau ausgeweitet werden soll. Auch die Ortenau gehört inzwischen zu einer BioMusterregion, auf deren Großveranstaltungen Agrarminister Hauk den ökologischen Landbau begrüßt.

Nun hatte auch die EU-Kommission in Brüssel im Sommer 2022 den Entwurf einer Verordnung vorgelegt, die unter anderem eine Halbierung des Pestizideinsatzes bis 2030 vorsieht. Damit soll ein Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt umgesetzt und Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche Vorgaben in den verschiedenen europäischen Staaten verhindert werden. Die Ziele, die sich die EU dabei gesetzt hat, stimmen weitgehend mit den Zielen der Landesregierung in Baden-Württemberg überein.

Umso befremdlicher für die Umweltverbände BUND-Umweltzentrum Ortenau, NABU Südbaden und Bürgerinitiative Umweltschutz Offenburg ist nun die Aussage des Ministers bei einer Veranstaltung des Badischen Weinbauverbands, dass die Landesregierung auch einen abgeschwächten Plan der EU zur Verringerung von Pestiziden in Europa ablehnt (die Mittelbadische Presse berichtete darüber am 10. März).

Kritik an den Plänen der EU wurde dabei vor allem am Verbot jeglicher Pestizide in sensiblen Schutzgebieten laut. Inzwischen hat die EU diese Regelung stark relativiert und Kompromissvorschläge unterbreitet. So soll zwischen Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten unterschieden werden. Auch die Möglichkeit der Anwendung von als ungefährlich eingestuftem Pflanzenschutzmittel oder Mitteln aus dem Ökolandbau wird dabei erwogen. Damit sollte sich eine Einigung in dieser Frage erzielen lassen.

Die Aussage von Minister Hauk lässt allerdings befürchten, dass der politische Wille zur Pestizidreduktion in der Landesregierung nicht wirklich vorhanden ist und der Verordnungsentwurf bis zur Verabschiedung noch weiter verwässert wird. Stattdessen fordern die Umweltverbände, Baden-Württemberg sollte sich in Brüssel und Straßburg dafür einsetzen, dass der Kompromissvorschlag der EU zügig angepasst und dann auch wirklich verabschiedet wird.

2021 legte der Agrarminister Peter Hauk den allerersten Pestizidbericht in Baden-Württemberg vor. Danach werden 1900 Tonnen an Pestiziden auf Acker, Wiesen, Kleingärten, Wälder und Bahnlinien ausgebracht. Auch hat die Landesregierung versprochen ein Messnetz aufzubauen. 657 landwirtschaftliche Betriebe sollen künftig ihre Daten zur Pestizidausbringung melden. Wie die Pestizidmenge reduziert werden soll, ist in diesem Bericht nicht eindeutig festgelegt. Unter anderem sollen biologische Methoden, Züchtung pilzresistenterer Sorten, Ackerroboter und Prognosemeldungen den Pestizideintrag reduzieren.